



Sessionsbericht – Frühlingsession

Rapport de session – Session de printemps

4. März bis 22. März 2019

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Die InstA-Story: Eine Geschichte ad absurdum

Der Wahlkampf ist bereits in der heissen Phase angekommen – und das schon im März 2019! Das hat zumindest die abgelaufene Frühlingsession überdeutlich veranschaulicht. Ganz zum Leiden einer pragmatischen, lösungsorientierten Politik, die offensichtlich immer mehr in den Hintergrund rückt. Am besten illustriert wird dieses Dilemma in der laufenden Diskussion zum institutionellen Abkommen (InstA) zur Weiterentwicklung des bilateralen Weges, oder kurz: Rahmenabkommen. Sicherlich das umstrittenste Geschäft in dieser Session, obwohl es nicht einmal auf der Traktandenliste zu finden war. Grund dafür war die offizielle Konsultation der Bundeshaus-Fraktionen zu diesem heiss diskutierten Geschäft. Und hiermit beginnt eigentlich die Geschichte eines Geschäfts, das ad absurdum geführt wird.

Die Debatte zum Rahmenabkommen hat sich seit Ende 2018 laufend intensiviert, weil der Bundesrat weder ja noch nein zum Abkommen sagen wollte und als einzigen gangbaren Weg die Konsultation zum Vertragstext sah. Erinnerungen an den Entscheid zum Gripen werden wach, als eine ganze Nation von den Stammkneipen bis in die Chefetagen über die Vor- und Nachteile unseres neusten Kampffjets diskutierten, bevor die finale Typenentscheidung gefällt wurde. Was damals schon absurd war, ist es heute genauso. Sowohl Spezialisten wie auch Laien streiten sich seither öffentlich über die Vertragsinhalte zum Streitbeilegungsverfahren oder zur Sicherstellung des Arbeitnehmerschutzes. Hatten wir damals im Nu 8 Millionen Kampffjetspezialisten, sind es heute etwa gleich viele Aussenminister. Dass dies im Endeffekt nicht zielführend sein kann, ist eigentlich selbsterklärend. Eine solch fundamentale Entscheidung muss und soll auch am Ende vom Volk beurteilt werden, jedoch erst, wenn dafür eine konkrete Vorlage vorliegt. Und das ist offensichtlich noch lange nicht der Fall.

Trotzdem debattieren jetzt schon alle Akteure über alle möglichen Horrorszenarien. Wohlgermerkt, wir sind aktuell erst im Stadium der Vorkonsultation – das Abkommen ist noch nicht unterzeichnet und der ordentliche verfassungsmässige Ratifizierungsprozess hat noch nicht begonnen. Die Verantwortung für den nächsten Schritt liegt beim Bundesrat und nicht etwa beim Parlament oder der Bevölkerung. Er muss nun die Entscheidung fällen, ob der ordentliche Prozess weitergeführt wird oder nicht. Ist er positiv, können die von der FDP gewünschten Konkretisierungen in Gesprächen mit der EU eingebracht werden und in einer Unterzeichnung enden. Erst dann erhält das Rahmenabkommen eine Geschäftsnummer, erst dann kann eine ordentliche Vernehmlassung durchgeführt werden, erst dann kann das Geschäft im Parlament behandelt werden und erst dann kann sich das Volk dazu äussern. Nur unter diesen Voraussetzungen könnte die InstA-Story ein Happyend haben. Und genau diese Klärung hat die FDP auch in den konsultativen Gesprächen mit den Bundesräten eingebracht. Gehört wurde diese pragmatische Sicht bisher leider zu wenig. Lieber versucht man sich in der Problembewirtschaftung und der Heraufstilisierung des Untergangs unserer Arbeitnehmerschaft.

1. Endlich externe Kinderbetreuung kostendeckend von den Steuern abziehen

Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer bis zu 25'000 Franken abziehen können. Heute sind es 10'100 Franken. Der Nationalrat hat dem höheren Abzug für die Kinderbetreuung deutlich zugestimmt. Dies ist eine langjährige Forderung der FDP, welche sich nun auf gutem Weg befindet. Mit 131 zu 48 Stimmen bei 14 Enthaltungen stimmte der Nationalrat diesem Vorschlag zu.

Die Revision basiert auf der im Jahr 2011 lancierten Fachkräfteinitiative. Kurzfristig würde die Anpassung bei der direkten Bundessteuer zu Mindereinnahmen von rund 10 Millionen Franken führen. Mittelfristig rechnet der Bundesrat mit 2500 neuen Vollzeitstellen, wodurch die Einbussen wettgemacht würden.

Die grosse Kammer nahm jedoch eine Änderung am bundesrätlichen Entwurf vor. Neben den erhöhten Abzügen für Kinderdrittbetreuungskosten soll auch der allgemeine Kinderabzug von 6500 Franken auf 10'000 Franken angehoben werden. Mit der Unterstützung der SVP fand dieser Vorschlag eine knappe Mehrheit. Die FDP stellte sich gegen den Einzelantrag. Dies weil, erstens, die Kosten nicht bekannt sind und, zweitens, diese Massnahme nicht die Erwerbsbeteiligung steigern wird, sondern eine reine familienpolitische Forderung ist, welche in dieser Vorlage nichts zu suchen hat.

Als nächstes entscheidet der Ständerat über die Vorlage.

2. Neue Regelung für Inhaberaktien in der Beratung

Geht es nach dem Bundesrat, sollen Inhaberaktien in Namenaktien umgewandelt werden müssen. Zulässig wären Inhaberaktien nur noch dann, wenn die Gesellschaft Beteiligungspapiere an einer Börse kotiert hat oder wenn die Inhaberaktien als Bucheffekten ausgestaltet sind. Ohne die Massnahmen werde die Schweiz in der nächsten Länderüberprüfung durch das "Global Forum" der OECD eine ungenügende Gesamtnote erhalten, warnt der Bundesrat in seiner Botschaft ans Parlament. Es drohten Sanktionen.

Der Nationalrat hat am Mittwoch jedoch eine andere Regelung beschlossen, ein sogenanntes "Grandfathering". Zwar sollen keine neuen Gesellschaften gegründet werden dürfen, deren Aktien auf den Inhaber lauten. Für bestehende Inhaberaktien sollen aber die heutigen Bestimmungen weiterhin gelten. So kommt es nicht zu einem Rechtsverfall nach fünf Jahren, welcher ein starker Eingriff in die Eigentumsrechte wäre. Der Rat hiess mit 101 zu 87 Stimmen einen Einzelantrag von Daniela Schneeberger (FDP/BL) gut. Dieser entspricht inhaltlich weitgehend der Version, welche die vorberatende Kommission beschlossen hatte. Es handle sich um eine verbesserte Version.

Abgelehnt hat er auch den Vorschlag des Bundesrates, die Regeln zum Umgang mit Amtshilfegesuchen auf Basis gestohlener Daten anzupassen. Mit der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichts erfülle die Schweiz die Vorgaben des "Global Forum" bereits, befand die Mehrheit. Demnach kann die Schweiz auf Gesuche auf Basis gestohlener Daten eintreten, wenn der ersuchende Staat diese nicht gekauft und sich nicht sonst treuwidrig verhalten hat.

Die FDP setzte sich zwischen Links und Rechts somit für eine praktikable Lösung für die Wirtschaft ein, welche trotzdem den internationalen Standard erfüllen soll. In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat die Vorlage mit 90 zu 60 Stimmen bei 27 Enthaltungen gut. Nun ist der Ständerat am Zug.

3. Non à l'initiative sur les multinationales responsables et à son contre-projet !

Par 22 voix contre 20, les sénateurs ont refusé mardi d'entrer en matière sur le texte élaboré par le Conseil national. L'initiative populaire "Entreprises responsables - pour protéger l'être humain et l'environnement" a quant à elle été rejetée par 25 voix contre 14. Le dossier retourne à la Chambre du peuple. Comme le PLR, le Conseil des Etats rejette donc les deux objets au vu des implications néfastes pour l'économie suisse.

Soutenue par de nombreuses organisations et personnalités helvétiques, elle veut obliger les sociétés sises en Suisse à examiner régulièrement les conséquences de leur activité sur les droits de l'homme et l'environnement, également à l'étranger. Les entreprises manquant à ce devoir de diligence devraient répondre des dommages causés, y compris par les sociétés qu'elles contrôlent sans participer directement aux activités incriminées.

Malgré les retouches apportées en commission à la copie du Conseil national, le contre-projet ne prend pas en compte les préoccupations de l'économie. C'est une réglementation inutile et dommageable. Elle facilite notamment les plaintes contre les entreprises suisses depuis l'étranger. Ce ne serait en outre pas au plaignant de prouver qu'il y a infraction, mais à l'entreprise de prouver sa bonne foi.

La commission du Conseil des Etats avait retoqué le projet notamment en introduisant le principe de subsidiarité. Pour autant que cela soit raisonnable, c'est dans le pays concerné que les demandeurs devraient mener une action contre les filiales sises à l'étranger qui commettent des violations des droits de l'homme ou du droit de l'environnement. Les victimes devraient prouver qu'un traitement en justice à l'étranger est impossible avant de pouvoir poursuivre les sociétés mères sises en Suisse. Notamment s'il est peu probable que la juridiction étrangère rende, dans un délai convenable, une décision pouvant être reconnue en Suisse. Cette clause de subsidiarité aurait notamment eu de graves implications au niveau de la politique extérieure. En effet, un tribunal aurait notamment dû arriver à la conclusion que l'Italie ne dispose pas d'un ordre juridique suffisant.

4. Un accès aux services administratifs plus efficient et rapide pour les citoyens

Les Suisses doivent pouvoir s'identifier en sécurité sur Internet. Le Conseil national a adopté par 128 voix contre 48 un projet du Conseil fédéral pour établir une identité électronique reconnue par l'Etat. Ce dernier ne doit toutefois pas assumer l'ensemble des tâches, ont décidé les députés, contre l'avis la gauche. L'Etat et des fournisseurs privés se partageront les tâches. La Confédération vérifiera et confirmera l'identité d'une personne. Les fournisseurs privés eux développeront et proposeront les supports technologiques nécessaires, comme les téléphones intelligents ou les cartes bancaires. Ils seront soumis à des contrôles réguliers par l'Etat.

La solution décidée, reposant sur la complémentarité entre public et privé, tient compte des expériences menées au cours des quinze dernières années dans d'autres états et satisfait pleinement les attentes exprimées par le PLR au travers de sa motion [17.3083](#) déposée en mars 2017. Le concept soumis à la chambre du peuple répond tant aux besoins de sécurité qu'à la nécessité de pouvoir évoluer rapidement, de faire preuve de flexibilité en termes de réaction. L'e-ID simplifiera l'identification et l'authentification nécessaires pour accéder aux logiciels de cyberadministration déjà en place dans de nombreux cantons et communes. Ce qui permettra d'atteindre un autre objectif du PLR ; la réduction de la bureaucratie et un accès rapide, facile et efficace aux services administratifs pour tous les citoyens.

5. Pas de prestations complémentaires pour les personnes fortunées

La réforme des prestations complémentaires est sous toit. Le groupe libéral-radical a soutenu la réforme adoptée par le Parlement. Les personnes disposant d'au moins 100'000 francs seront privées de prestations complémentaires (PC). Le montant passera à 200'000 francs pour les couples. Il s'agissait d'une des principales revendications du PLR dans le cadre de cette réforme.

En revanche, le Parlement a décidé de ne diminuer que modérément les montants des franchises pour la fortune. Ceux-ci seront fixés à 30'000 francs pour les personnes seules et à 50'000 francs pour les couples. Le National, tout comme le groupe libéral-radical, voulait mettre la barre plus bas, à respectivement 25'000 et 40'000 francs, estimant que les prestations complémentaires ne devaient pas

servir à préserver un héritage. Par ailleurs, après le décès du bénéficiaire de PC, les prestations perçues devraient être restituées à l'Etat pour la part de la succession qui dépasse un montant de 40'000 francs.

Pour le reste, l'une des principales nouveautés de la réforme concerne le montant de l'aide au logement qui sera revalorisé. Une personne seule recevra entre 14'520 et 16'440 francs, selon la région, au lieu des 13'200 francs actuels. Ce montant était inchangé depuis 2001 alors que les loyers ont augmenté de plus de 20% depuis. Le PLR estimait que ces montants devaient certes être relevés, mais pas dans la même mesure que ce que proposait le Conseil fédéral. Les montants prévus pour couvrir les besoins vitaux des enfants de moins de 11 ans seront en revanche réduits. Ils restent inchangés pour ceux âgés de 11 ans et plus. La totalité du revenu de l'activité lucrative du conjoint ne sera pas non plus prise en compte dans le calcul des PC. Seuls 80% de ce revenu seront déterminants afin d'éviter de démotiver le conjoint qui veut travailler.

Enfin, le PLR a combattu avec succès les plans du Conseil fédéral de limiter les retraits en capital dans le 2ème pilier. Les retraités et les salariés souhaitant se lancer en indépendants pourront continuer de retirer leur 2e pilier sous forme de capital.

6. Die Kohäsionsmilliarde wird an Bedingungen geknüpft

Nach dem Ständerat spricht sich auch der Nationalrat im Grundsatz für den zweiten Erweiterungsbeitrag für ausgewählte EU-Staaten aus, wenn die EU keine diskriminierenden Massnahmen gegen die Schweiz ergreift. Der Nationalrat lehnte es ab, die exakten Bedingungen (z.B. die Anerkennung der Börsenäquivalenz oder Assoziierung an Horizon2020), die für die Bezahlung der Kohäsionsmilliarde erfüllt sein müssen, ins Gesetz zu schreiben. Damit räumt das Parlament dem Bundesrat genügend Spielraum ein, um im Lichte der Gesamtbeziehungen zur EU zu entscheiden, wann er Gelder für neue Kohäsionsprojekte sprechen will.

Mit dem zweiten Erweiterungsbeitrag sollen neu auch Migrationsprojekte in EU-Ländern, die besonders stark von den Migrationsströmen betroffen sind, finanziert werden können. Zu diesen Ländern zählen namentlich Italien und Griechenland. Damit wird der Empfängerkreis von den neuen EU-Staaten im Osten auf „alte“ EU-Staaten im Süden vergrössert. Der Nationalrat will auf Vorschlag der SPK-N die für die Migration reservierte Tranche von 190 Mio. auf 380 Mio. Franken verdoppeln, ohne jedoch das Total des Erweiterungsbeitrages (1.3 Mrd. Franken) zu erhöhen. Dies entspricht einer Forderung der FDP.

Aufgrund der Differenz beim Migrationsbeitrag geht das Geschäft zurück an den Ständerat, der sich in der Sommersession 2019 wieder mit der Kohäsionsmilliarde beschäftigen wird. Dannzumal sollte etwas klarer absehbar sein, in welche Richtung die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union hingehen (Stichwort: Rahmenabkommen).

7. Investissements importants dans les infrastructures routières et ferroviaires

Le PLR s'était fortement engagé pour la création des fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA) et pour l'infrastructure ferroviaire (FIF). Le Parlement s'est penché durant cette session sur toute une série de projets qui seront financés par ces fonds.

Le National veut donner plus d'argent aux projets de trafic d'agglomération que ce qui était prévu par le Conseil fédéral. L'enveloppe passerait à 1,489 milliard de francs, soit 145 millions de plus qu'initialement prévu. Elle concerne 36 projets alors que le Conseil fédéral en avait retenu 32. Le Programme en faveur du trafic d'agglomération permet d'éviter que les coûts importants des projets ne soient assumés que par les communes et les cantons. Trois quarts des Suisses vivent dans de grandes villes ou des

agglomérations. C'est aussi là que se concentrent les emplois. Le groupe libéral-radical soutient pleinement ce projet.

Concernant les routes nationales, les crédits destinés à désengorger le trafic devraient être plus élevés que prévu. Selon les prévisions de la Confédération, sans mesures, près de 385 kilomètres, soit environ 20% du réseau des routes nationales, seront régulièrement surchargés d'ici 2040. Il faut agir rapidement en éliminant les goulets d'étranglement. Le National a rajouté plusieurs projets à la liste retenue par le Conseil fédéral. L'objet, qui jouit du soutien du PLR, sera traité au Conseil des Etats au prochain trimestre.

Le Conseil des Etats s'est quant à lui penché sur le futur de l'infrastructure ferroviaire. Pas moins de 12,8 milliards devraient être investis pour désengorger le rail d'ici 2035. Le Conseil des Etats a décidé à l'unanimité de libérer 919 millions de plus que le Conseil fédéral. Ce projet, qui jouit également du soutien du groupe libéral-radical, est nécessaire car certaines lignes sont déjà surchargées. Les engorgements doivent à tout prix être évités.

8. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesstrafgericht. Für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 2019 wählte die VBV Stephan Blättler (SVP) zum neuen Präsidenten und Sylvia Frei (SVP) zur Vizepräsidentin des Bundesstrafgerichts.

Bundesstrafgericht. Als ordentlichen Richter französischer Sprache wählte die VBV David Bouverat (SVP/JU) sowie Fiorenza Bergomi (FDP/TI) als ordentliche Richterin italienischer Sprache. Beide sind bis 2021 gewählt.

Berufungskammer am Bundesstrafgericht. Ebenfalls bis 2021 wurde Olivier Thormann (FDP/FR) als ordentlicher Richter französischer Sprache gewählt.

Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft: Gewählt wurde Jörg Zumstein (BE) bis 2022. Parteipolitische Kriterien spielen bei der Kandidatenauswahl für die Aufsichtsbehörde keine Rolle.

9. Geschäfte beider Räte

Loi sur les télécommunications. Le groupe libéral-radical, tout comme une grosse majorité du Parlement, a adopté la révision de la loi sur les télécommunications. La question du dégroupage du dernier kilomètre, élément central de cette révision, avait déjà été réglée lors de la session de septembre 2018. Le dégroupage restera limité aux lignes de cuivre pour le moment. Craignant pour les investissements et la qualité notamment dans les régions périphériques, le Parlement a épargné Swisscom et refusé de garantir un accès technologiquement neutre au raccordement d'abonné. Le Conseil fédéral proposait de pouvoir intervenir par voie d'ordonnance si le marché ne fonctionne pas. Les fournisseurs occupant une position dominante auraient alors dû permettre aux concurrents d'utiliser certaines infrastructures. Une majorité du groupe libéral-radical a suivi le Conseil fédéral, mais cela n'a pas suffi. Le Parlement a également adapté la législation en matière de roaming, de co-utilisation des installations de télécommunication dans les immeubles, de lutte contre la pornographie illégale ainsi que de garantie de la neutralité des réseaux.

Nouvelle réglementation sur les dispositifs médicaux. Divers scandales impliquant des implants mammaires en silicone non étanches ou des prothèses de hanches défectueuses ont fait naître des doutes quant au système de contrôle dans l'UE. L'Union européenne a donc décidé de moderniser et de durcir son cadre juridique. La Suisse suit avec cette révision de la loi sur les produits thérapeutiques. La révision prévoit d'accroître les exigences pour tous les acteurs concernés. Les fabricants devront, par exemple, prouver de manière plus rigoureuse l'utilité et l'adéquation des produits à haut risque. Les

critères d'approbation et de surveillance des essais cliniques, ainsi que des tests de performance seront renforcés. Les personnes qui prescrivent, remettent, utilisent ou achètent des dispositifs médicaux n'auront pas le droit de solliciter ou d'accepter d'avantages illicites en échange. Cette adaptation de notre législation était importante dans l'optique d'assurer aux entreprises suisses exportatrices de matériel médical un accès au marché européen. Une majorité presque unanime du Parlement, tout comme l'intégralité du groupe libéral-radical, a approuvé cette révision au vote final.

Pas d'adaptation des franchises à l'évolution des coûts. Après avoir systématiquement soutenu le projet durant deux ans, l'UDC a retourné sa veste au dernier moment. Elle s'est ralliée à la gauche, qui brandissait le spectre du référendum, et a contribué à couler le projet au vote final. Même cas de figure pour le PDC, qui s'est abstenu alors qu'il le soutenait largement encore deux semaines auparavant. Le projet prévoyait l'adaptation régulière du montant des franchises à l'évolution des coûts de la santé. Le PLR soutenait cette proposition, la dernière actualisation ayant eu lieu il y a 15 ans, en 2004. L'objectif de ce mécanisme correctif était de conserver un équilibre entre responsabilité individuelle et collectivité dans le domaine de la santé.

Wasserzins: Der maximale Wasserzins wird für die kommenden Jahre nicht gesenkt und bleibt bei 110 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung bis 2024. Eine Minderheit im Nationalrat angeführt von der FDP setzte sich für eine Senkung auf 80 Franken ein, die aber leider keine Mehrheit fand. Die Wasserkraft in der Schweiz zahlt derzeit eine zwei bis fünf Mal höhere Abgabe als jene im umliegenden Ausland und wird darum benachteiligt. Auch das Modell für die Berechnung des Wasserzinses, den Kraftwerke für die Nutzung des Wassers bezahlen, ändert sich vorerst nicht. Das Geschäft wurde schliesslich in der Schlussabstimmung angenommen. Wichtig ist nun, dass die Flexibilisierung und die marktwirtschaftlichere Ausrichtung dieser Abgabe möglichst rasch an die Hand genommen wird.

10. Geschäfte des Nationalrats

Beschaffungen: Der Nationalrat will, dass der Bund bei der Vergabe von Aufträgen das Preisniveau in anderen Ländern nicht berücksichtigen muss. Das bedeute einen zu grossen bürokratischen Aufwand. Der Ständerat wollte dies in das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen schreiben. Der Rat folgte mit 105 zu 70 Stimmen bei 9 Enthaltungen dieser Argumentation und lehnte den Zusatz ab. Er entschied zudem mit 104 zu 79 Stimmen, Organisationen der Arbeitsintegration vom Gesetz auszunehmen. Anders als der Ständerat will er dafür die Stromproduktion dem Gesetz unterstellen. Im Gesetzesentwurf bleiben weitere Differenzen bestehen. Die Vorlage geht damit zurück an den Ständerat.

Banknoten: Alte Banknoten sollen künftig unbefristet eingetauscht werden können. Anders als der Ständerat will der Nationalrat die Umtauschfrist abschaffen. Mit 106 zu 75 Stimmen folgte die grosse Kammer, inklusiv der FDP Fraktion, ihrer vorberatenden Kommission und dem Bundesrat. Der unbefristete Umtausch soll ab der sechsten Serie gelten, die ab 1976 in Umlauf gebracht wurde. Die 100-Franken-Note zierte ein Porträt des Architekten Francesco Borromini. Von der Serie sind noch Noten im Wert von über einer Milliarde Franken im Umlauf, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte.

BEPS: Das Parlament befürwortet die Umsetzung internationaler Standards gegen Steuervermeidung von Unternehmen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für ein Abkommen ausgesprochen. Mit 114 zu 64 Stimmen genehmigte die grosse Kammer das multilaterale Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung. Dieses ist nun bereit für die Schlussabstimmungen. Geregelt wird die Anpassung der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) an die Mindeststandards. Die FDP unterstützt die Vorlage, welche eine Umsetzung des internationalen Mindeststandard darstellt.

Steuern: Der Bundesrat soll die Arbeiten an der Reform der Verrechnungssteuer wieder aufnehmen - und zwar mit Blick auf Steuererleichterungen bei konzerninterner Finanzierung. Das fordert der

Nationalrat. Er hat eine Motion seiner Wirtschaftskommission mit 101 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Die FDP unterstützt diese Forderung, welche eine Gleichstellung der Unternehmen zu den Banken darstellt und steuerliche Nachteile verhindert.

Protection du patrimoine : Le Conseil national a approuvé la ratification de deux conventions sur le patrimoine. La première concerne le patrimoine culturel tandis que la deuxième touche au patrimoine aquatique. Le PLR s'engage à protéger les deux conventions qui permettent une première réponse aux évolutions récemment observées. Ces dernières années, les actes terroristes contre le patrimoine culturel se sont multipliés au Proche-Orient et en Afrique.

Trust : Le trust sera introduit dans le code des obligations. Le conseil national a adopté par 123 voix contre 58 une motion déposée par la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats répondant ainsi à une demande du PLR déposée il y a longtemps déjà par le biais d'un postulat. Le Conseil fédéral est donc maintenant chargé de venir avec un projet de loi afin de mettre en place l'institution du trust dans l'ordre juridique suisse.

Tribunal fédéral : Le Tribunal fédéral (TF) devrait moins traiter d'affaires mineures et pouvoir se concentrer sur les grandes questions de principe. Le Conseil national a adopté ce projet par 108 voix contre 76. Ils n'ont pas souhaité accorder au tribunal la possibilité de mentionner les opinions dissidentes de juges dans ses arrêts. L'organisation d'audience publique en cas de désaccords remplit déjà cette fonction. La discussion a surtout tourné autour de la question du maintien du Recours constitutionnel subsidiaire. L'argument principal pour la suppression était que ce type de recours était inutile et occupait le Tribunal fédéral de manière disproportionnée. Le PLR s'est exprimé à une courte majorité pour la suppression de cet instrument. Le dossier passe au Conseil des Etats.

Développement continu de l'AI : Le Conseil national a traité pour la première fois le projet de développement continu de l'AI. Ce projet s'inscrit dans une lignée d'autres visant à faciliter la réinsertion professionnelle des rentiers et ainsi réduire les coûts de l'assurance. Le Conseil national, groupe libéral-radical inclus, propose aussi de réduire les allocations familiales accordés aux parents touchant une rente AI. Outre une stabilisation des finances de l'AI, le but de cette mesure est d'éviter que les familles concernées soient mieux loties financièrement que celles qui ne sont pas à l'AI. La réforme apporte un autre grand changement. Les rentes ne seront pas attribuées selon quatre échelons. Une personne invalide à 40% recevra moins d'argent qu'un invalide à 45% alors que les deux cas donnent droit à un quart de rente actuellement. Le montant maximum restera atteint avec une invalidité de 70%. Le but est d'inciter les bénéficiaires d'une rente AI à rester le plus possible dans la vie active. Le projet sera traité par le Conseil des Etats au prochain trimestre.

Lutte contre les abus dans les assurances sociales. En novembre, le peuple a soutenu à 64,7% un projet permettant aux assureurs de recourir à des détectives privés pour traquer les abus. Le projet de modification de la Loi sur la partie générale du droit des assurances sociales (LPGA) doit compléter l'arsenal. Le Conseil national a adopté différentes précisions concernant entre autres les conditions justifiant la suspension de paiement des prestations et la répartition des frais de détectives et de justice. Le groupe libéral-radical approuve pleinement le projet tel qu'adopté par le Conseil national.

Adaptation des allocations familiales. Il existe aujourd'hui une lacune dans le droit aux allocations familiales lorsqu'une mère au chômage met au monde un enfant et qu'aucune autre personne ne peut faire valoir le droit aux allocations, par exemple faute de reconnaissance de paternité. Cette lacune est comblée grâce à cette révision de la Loi sur les allocations familiales. La révision de la loi revoit aussi les conditions d'octroi des allocations de formation. Ces aides (au moins 250 francs par mois) pourront être versées pour les enfants suivant une formation postobligatoire dès l'âge de 15 ans, au lieu de l'allocation pour enfant (au moins 200 francs). Le PLR soutient sans retenue ce projet.

Caisses-maladie - commissions versées aux intermédiaires. Les commissions versées aux courtiers dans le domaine de l'assurance maladie devraient être limitées autant pour l'assurance de base et que pour les complémentaires. Le Conseil national veut ainsi réduire le démarchage téléphonique intempestif. Avec le texte, le gouvernement pourrait déclarer obligatoire pour l'ensemble de la branche une réglementation des commissions versées aux intermédiaires dans le cadre de l'assurance maladie obligatoire. Le National a décidé d'étendre cette réglementation à l'assurance complémentaire où le volume des commissions est nettement plus élevé. Entre ces deux options, la totalité du groupe parlementaire libéral-radical a opté, sans succès, pour une régulation limitée à l'assurance de base. Dans un deuxième temps, sur la question de savoir si une régulation était véritablement nécessaire dans l'absolu, les avis divergeaient au sein du groupe.

Ausschaffungsinitiative: Die neuen Regeln zur Ausschaffung krimineller Ausländer stossen im Parlament auf Kritik. Die Härtefallklausel werde zu oft angewendet, heisst es. Nach dem Ständerat will nun auch der Nationalrat die Bestimmungen anpassen. Mit 126 zu 54 Stimmen bei 4 Enthaltungen nahm die grosse Kammer am Montag eine Motion von Ständerat Philipp Müller (FDP/AG) an. Sie folgte damit ihrer vorberatenden Kommission. Der Bundesrat wird nun beauftragt, heute bestehende Anreize zu beseitigen, aus Gründen der Verfahrensökonomie auf eine Landesverweisung zu verzichten. Landesverweisungen sollen konsequenter vollzogen werden. Der Bundesrat hatte sich nicht gegen die Motion gestellt.

Fangewalt: Der Nationalrat will gewaltbereite Fans härter anpacken. Er hat das revidierte Übereinkommen des Europarats gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen genehmigt. Damit sollen präventive Massnahmen - wie zum Beispiel Ausreisesperren gegen Hooligans - gestärkt werden. Mit 125 zu 56 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgte die grosse Kammer dem Antrag des Bundesrats und der vorberatenden Kommission. Als nächstes entscheidet der Ständerat über die Vorlage. Die FDP sprach sich für das Übereinkommen aus.

Eritrea: Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für die Überprüfung der vorläufigen Aufnahmen von Eritreerinnen und Eritreern ausgesprochen. Der Nationalrat nimmt eine entsprechende Motion von SR Damian Müller (FDP/LU) an. Dabei soll der Bund den juristischen Handlungsspielraum nutzen, um so viele vorläufige Aufnahmen wie möglich aufzuheben. Justizministerin Karin Keller-Sutter erinnerte daran, dass die Überprüfung bereits läuft. Eine Rückkehr dürfte jedoch in weniger als 10 Prozent der Fälle zumutbar sein. Mit der angenommenen Motion wollen die Räte den Druck auf die zuständigen Behörden aufrechterhalten, damit möglichst viele vorläufig Aufgenommene zurückgeschickt werden.

Bundesverwaltung: Der Nationalrat hat entschieden, dass der Bund die Ausgaben für externe Berater senken muss. Die grosse Kammer nahm eine vom Ständerat abgeänderte Motion von Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH) mit 128 zu 55 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Der Vorstoss wurde damit an den Bundesrat überwiesen. Gefordert wird, dass die Ausgaben für externe Berater in den nächsten drei Jahren jährlich um 4 Prozent gesenkt werden. Zudem beschloss das Parlament einen Richtwert: Die Ausgaben für die externen Berater sollen in der Regel nicht mehr als 3 Prozent der Personalausgaben ausmachen.

Palmöl: Der Bundesrat muss Palmöl nicht aus den Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Malaysia ausklammern. Er soll aber Bestimmungen zur nachhaltigen Produktion von Palmöl vorsehen. Zudem soll er Palmölkonzessionen aussetzen können, falls diese die inländische Ölsaatenproduktion reduzieren. Das fordert das Parlament. Der Nationalrat hat oppositionslos einen Kompromissvorstoss aus dem Ständerat (der von Seiten FDP angeregt wurde) angenommen, im Einverständnis mit dem Bundesrat. Verworfen hat er - wie bereits der Ständerat - Standesinitiativen der Kantone Thurgau und Genf, die den Ausschluss von Palmöl und seinen Nebenprodukten von den Freihandelsverhandlungen forderten.

Legislaturplanung: Der Nationalrat hat eine Reform der aufwändigen und teuren Legislaturplanung abgelehnt. Das Begehren, die wenig nutzbringende aber aufwändige Legislaturplanung zu entschlacken, kam von der FDP-Fraktion. Konkret verlangt die FDP, dass das Parlament nur noch Kenntnis nimmt von der Legislaturplanung des Bundesrates, anstatt dass es Änderungsanträge beraten muss. Damit hätte die Legislaturplanungskommission abgeschafft und unnötige Kosten im Parlamentsbetrieb vermieden werden sollen. Mit dem negativen Entscheid des Nationalrates, der namentlich von CVP, SVP und Grünen getragen wurde, bleibt dem Parlament die unnötige und bürokratische Übung erhalten.

Grenzüberschreitende Luftverunreinigung: Die Emission von Luftschadstoffen soll weiter gesenkt werden. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Änderung des Protokolls von Göteborg einstimmig angenommen und in der Schlussabstimmung verabschiedet. Dieses soll die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung eindämmen, sodass weniger Schadstoffe wie Schwefel, Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen sowie Ammoniak und neu auch Feinstaub in die Luft gelangen. Für die Änderungen müssen keine Schweizer Gesetze angepasst werden.

Parkzonen für Elektrofahrzeuge: Der Nationalrat hat sich mit 90 Ja-Stimmen zu 84 Nein-Stimmen dafür ausgesprochen, dass für Elektrofahrzeuge spezielle Parkzonen geschaffen werden. Diese sollen mit Ladestationen ausgestattet werden. Die erlaubte Parkzeit würde auf die durchschnittliche Aufladezeit abgestimmt. Die FDP hat sich aus diversen Gründen klar gegen die Motion ausgesprochen. Die Parkplatzsituation ist bereits heute vor allem in den Städten höchst umkämpft. Eine weitere Bevorzugung von Elektrofahrzeuge gegenüber fossilen Fahrzeugen oder solchen mit alternativen Treibstoffen (Wasserstoff) würde die Situation noch verschärfen. Zudem wird es Suchverkehr resultieren. Hinzu kommt, dass die Verantwortung eigentlich bei den Kantonen und Gemeinden liegt.

Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2025: Der Nationalrat hat sich erfreulicherweise mit 122 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen klar gegen ein Verbot von Autos mit Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2025 ausgesprochen. Die FDP hat eine entsprechende Motion von Balthasar Glättli abgelehnt, weil die Forderung nicht praktikabel ist und weitgehende Folgen für die Bevölkerung und Wirtschaft hätte. Wenn man im Strassenverkehr etwas zugunsten einer nachhaltigen Emissionsreduktion unternehmen will, braucht es realistische Massnahmen wie z.B. sinkenden CO₂-Grenzwerte für Neuwagen.

11. Geschäfte des Ständerats

Wohnungsbau: Die Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" ist im Parlament nicht mehrheitsfähig. Der gemeinnützige Wohnungsbau profitiert aber trotzdem. Ein Rahmenkredit von 250 Millionen Franken soll in den nächsten zehn Jahren preisgünstigen Wohnraum fördern. Nach dem Nationalrat hat am Montag auch der Ständerat den indirekten Gegenentwurf des Bundesrats angenommen und damit einen Mittelweg eingeschlagen. Die Aufstockung der Mittel für den Fonds de Roulement soll der Initiative des Mieterverbands den Wind aus den Segeln nehmen. Die Erhöhung der Bundesmittel tritt in Kraft, sobald die Volksinitiative zurückgezogen oder abgelehnt worden ist. Ersteres wird wohl nicht passieren. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) zeigten sich in einer ersten Reaktion enttäuscht vom Entscheid des Parlaments. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung. Die FDP unterstützt die Vorlage wie vorliegend.

Emissionshandel: Nach dem Nationalrat hat der Ständerat der Verknüpfung des Schweizer CO₂-Emissionshandelssystem mit jenem der EU zugestimmt. Er sprach sich oppositionslos für die Ratifikation des Abkommens aus. Ziel des Emissionshandelssystems ist es, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Der Bund legt eine Obergrenze für CO₂-Emissionen fest, die schrittweise gesenkt wird. Entsprechend dieser Grenze werden Emissionsrechte ausgegeben, die zum Ausstoss einer bestimmten Menge CO₂ berechtigen. Unternehmen, die mehr Ausstossen, müssen Emissionsrechte kaufen. Der Schweizer Markt funktioniert schlecht, weil nur 54 Unternehmen angeschlossen sind. In der EU nehmen 11'000 Unternehmen teil und ist darum viel liquider. Die FDP hat immer gefordert, dass

marktwirtschaftliche und internationale Instrumente genutzt werden, um den Klimawandel zu bekämpfen. Darum ist man sehr erfreut, dass die Vorlage auch in der Schlussabstimmung von beiden Räten angenommen wurde.

Bussen: Das Parlament befasst sich seit rund zwei Jahren mit der Frage, ob und unter welchen Bedingungen im Ausland ausgesprochene Bussen und Geldstrafen für die betroffenen Unternehmen steuerlich abzugsfähig sein sollen. Das Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen will die Regeln vereinheitlichen. Die Debatte in der kleinen Kammer stand im Licht des jüngsten Gerichtsentscheid in Frankreich gegen die UBS. Die Diskussion zeigte vor allem, dass noch viele Fragen offen sind. Das Geschäft wurde deshalb an die ständerätliche Wirtschaftskommission zurückgewiesen - mit 21 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung. Dort sollen nun offene Fragen geklärt und Formulierungen präzisiert werden. Insbesondere sollen die Kantone angehört werden, weil sie das Gesetz werden anwenden müssen.

Qualité des soins. Sur le fond, tous les partis s'accordent sur le besoin d'améliorer la qualité des soins. Le projet traité par le Conseil des Etats permettra d'avancer dans cette direction. La pierre d'achoppement réside cependant dans la forme que devrait prendre l'organe chargée de la surveillance en matière de qualité. Le Conseil des Etats a maintenant tranché. Il s'est rallié au Conseil national, en approuvant la création d'une commission fédérale instituée par le Conseil fédéral. Une minorité du Conseil, dont le groupe libéral-radical, aurait préféré une organisation privée créée par les cantons avec les fédérations de fournisseurs de prestations et d'assureurs et incluant les associations de patients et les spécialistes, selon une formule *bottom-up*. Ce projet de réforme revient maintenant au Conseil national pour le traitement des dernières différences.

Freihandel: Der Ständerat hat am Montag die Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und Ecuador respektive der Türkei genehmigt. Das neue Abkommen mit Ecuador verbessert den Marktzugang und die Rechtssicherheit für den Warenhandel. Beim Abkommen mit der Türkei handelt es sich um eine Aktualisierung. Es wurde mit 27 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme bei 13 Enthaltungen genehmigt. Die Vorbehalte liegen in der Menschenrechtsslage in der Türkei begründet. Weil das Abkommen aber neu Verweise auf internationale Instrumente zum Schutz der Menschenrechte enthält, sprach Wirtschaftsminister Guy Parmelin von einer Verbesserung. Parallel zum Freihandelsabkommen wurde auch das revidierte bilaterale Landwirtschaftsabkommen mit der Türkei genehmigt. Über die Abkommen wird als nächstes der Nationalrat befinden. Die FDP begrüsst Freihandelsabkommen generell.

Waffenexporte: Der Ständerat will keine Verschärfung der Regeln für Kriegsmaterialexporte. Er hat zwei Motionen abgelehnt. Zum einen ging es um die Kriterien für Waffenexporte, zum anderen um deren Kontrollen. Der Ständerat folgte seiner Kommission und lehnte beide Vorstösse ab - jenen der BDP-Fraktion zu den Kriterien mit 20 gegen 17 Stimmen bei 6 Enthaltungen, jenen von Ständerat Raphaël Comte (FDP/NE) für schärfere Kontrollen mit 22 gegen 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Die Vorstösse sind damit vom Tisch. Die Kommission begründete das Nein primär mit der hängigen Volksinitiative "Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer" (Korrektur-Initiative). Die FDP unterstützt diese Sichtweise.

Fachkräfte: Spezialistinnen und Spezialisten in Mangelberufen, die in der Schweiz ausgebildet wurden, sollen nach ihrem Studium einfacher in der Schweiz arbeiten können. Nach dem Nationalrat sagt der Ständerat mit 32 zu 6 Stimmen ebenfalls Ja zur Motion von Marcel Dobler (FDP/SG), mit welcher die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) abgeändert wird. Ausländische Uni- und ETH-Absolventinnen und -Absolventen aus Drittstaaten mit einem Abschluss in einer Branche mit ausgewiesenem Fachkräftemangel, beispielsweise in Mint-Berufen, erhalten damit künftig einen einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Bundesrat war gegen den Vorstoss.

Grenzen: Die Schweiz soll sich am Ein- und Ausreisensystem beteiligen, das 2021 europaweit eingeführt wird. Der Ständerat hat den Rechtsgrundlagen für eine neue Datenbank und automatische

Grenzkontrollen an Flughäfen oppositionslos zugestimmt. Das Entry/Exit-System (EES) erfasst an den Schengen-Aussengrenzen die Reisedaten von Drittstaatsangehörigen, die für einen Kurzaufenthalt von maximal 90 Tagen ein- oder ausreisen. Das Gesichtsbild aller Reisenden und die Fingerabdrücke der nicht visumpflichtigen Personen werden gespeichert. Dadurch könnten jene leichter entdeckt werden, die illegal einreisen oder sich zu lange in einem Land aufhielten, erklärte Justizministerin Karin Keller-Sutter. Die FDP spricht sich für das Geschäft aus.

Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission: Der Ständerat will den Einfluss der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) begrenzen. Künftig sollen deren Gutachten nur noch eine unter mehreren Entscheidungsgrundlagen für die Abwägung der Schutz- und Nutzungsinteressen sein. Der Ständerat hat das Anliegen von Joachim Eder mit 28 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Damit wird erfreulicherweise eine ausgewogenere Beschlussfassung garantiert z.B. beim Bau einer Strasse oder eines Windparks. Nun ist der Nationalrat am Zug.

12. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Wie weiter im Szenario «verspätete Inkraftsetzung Totalrevision CO2-Gesetz»?

Text

Mit der Ablehnung der Totalrevision des CO₂-Gesetzes im Nationalrat in der Wintersession 2018 wurde in Kauf genommen, dass das neue CO₂-Gesetz nicht fristgerecht umgesetzt werden kann. Gemäss der Botschaft zur Totalrevision sollte die Vorlage nämlich Anfang 2021 in Kraft treten. Mit dem faktischen Nicht-Eintreten wird die Behandlungslaufzeit deutlich verlängert und ein rechtzeitiges Inkrafttreten ist in Anbetracht einer möglichen Volksabstimmung kaum mehr realistisch. Die Konsequenzen dieses verspäteten Inkrafttretens wie auch die notwendigen Schritte in einer Übergangsperiode sind im Bericht «Mehrwert Vorschlag Bundesrat zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020» nicht beschrieben. Aus dem Bericht wird aber klar, was im Szenario «keine Totalrevision» geschieht. Diverse wirksame Instrumente der Klimapolitik der Schweiz würden entfallen oder nur noch eingeschränkt weiterexistieren, so z.B. die Kompensationspflicht für fossile Treibstoffe oder die Zielvereinbarungssysteme der Wirtschaft. Ebenfalls entfallen würden alle Branchen-Zielwerte sowie auch das nationale Reduktionsziel. Gerade die Zielvereinbarungssysteme sind im Zusammenspiel mit der CO₂-Abgabe eines der erfolgreichsten Instrumente zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Der Beweis dafür ist das bereits frühzeitige Erreichen ihrer ambitionierten Zielwerte bis 2020. Um Planungs- und Rechtssicherheit im Falle einer verspäteten Inkraftsetzung zu erhalten, fordert die FDP den Bundesrat auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Bundesrat ein Szenario «verspätete Inkraftsetzung Totalrevision CO₂-Gesetz» erstellt?
2. Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass auch bei einem zu späten Inkrafttreten des neuen CO₂-Gesetzes die Instrumente zur CO₂-Reduktion ohne Unterbruch weiterlaufen?
3. Wie will der Bundesrat Planungs- und Rechtssicherheit für die Unternehmen im non-EHS-Bereich schaffen, die ihre Verminderungsverpflichtungen für die nächste Reduktionsperiode 2021-2030 eingeben müssen?
4. Wie sollen die Branchen Verkehr, Gebäude oder Industrie ihre Umsetzung planen, wenn die Zielwerte für die Periode 2021-2030 noch nicht bzw. zu spät festgelegt wurden?
5. Im Szenario «keine Totalrevision» wird klar, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 nur um 23% gesenkt werden könnten. Welche Konsequenzen hätte das Szenario «verspätete Inkraftsetzung» auf die Erreichung des Gesamtzieles von -50% bis 2030?

13. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Frühlingssession abgeschlossen. 14 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach.

Die Erhöhung der Krankenkassenfranchisen wurde abgelehnt.

Nachdem die Linke sowie Konsumenten- und Rentnerorganisationen bereits ein Referendum angekündigt hatten, stimmte in der Schlussabstimmung auch die SVP-Fraktion Nein. Zur Eindämmung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen sei eine Gesamtschau nötig, begründete die Partei den Meinungsumschwung.

Der Nationalrat sagte schliesslich mit 101 zu 63 Stimmen bei 28 Enthaltungen Nein. Der Ständerat hingegen hiess die Vorlage mit 27 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen gut.

Gutgeheissen wurden in den übrigen Schlussabstimmungen:

- › mit 142 zu 0 Stimmen bei 54 Enthaltungen (Nationalrat) und 38 zu 1 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung im Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, mit welcher bei den Ergänzungsleistungen ein Sparpotenzial von 453 Millionen Franken geschaffen wurde;
- › mit 194 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die Revision des Fernmeldegesetzes, mit welcher Konsumentinnen und Konsumenten beispielsweise vor hohen Roaming-Gebühren geschützt werden;
- › mit 118 zu 78 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung des CO₂-Gesetzes, mit welcher das CO₂-Handelssystem der Schweiz mit jenem der EU verknüpft wird;
- › mit 192 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung des Protokolls von Göteborg, mit welchem die grenzüberschreitende Luftverunreinigung eingeschränkt werden soll und welches neu etwa auch Feinstaub erfasst;
- › mit 140 zu 56 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 30 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung ein indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen", womit die Mittel im Fonds de Roulement für den gemeinnützigen Wohnungsbau um 250 Millionen Franken aufgestockt werden;
- › mit 181 zu 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 42 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung des Wasserrechtsgesetzes, welche den maximalen Wasserzins bis 2024 bei 110 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung festlegt;
- › mit 141 zu 47 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 43 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen die Erneuerung des Fonds Landschaft Schweiz, welcher für die Periode 2021 bis 2031 erneut einen Bundesbeitrag von 50 Millionen Franken vorsieht;
- › mit 189 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die Übernahme von EU-Regeln für Medizinprodukte, damit die Schweizer Hersteller den Zugang zum EU-Markt nicht verlieren;
- › mit 129 zu 64 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein multilaterales Übereinkommen, mit welchem internationale Standards gegen Steuervermeidung von Unternehmen umgesetzt werden;
- › mit 133 zu 39 Stimmen bei 22 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung im Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich;
- › mit 132 zu 54 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 43 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein neues Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Brasilien;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung die Aufhebung der Neat-Aufsichtsdelegation der eidgenössischen Räte, womit ab Beginn der nächsten Legislatur die Oberaufsicht über die Fertigstellung der Neat der Finanzdelegation obliegt;
- › mit 183 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein Abkommen zwischen der Schweiz und Georgien über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz von geografischen Angaben, Ursprungsbezeichnungen und Herkunftsangaben;
- › mit 176 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, welchen den Bundesrat dazu ermächtigt, Änderungen an den Anhängen des Abkommens zwischen der Schweiz und Russland über den Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen selbständig zu genehmigen.